

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 868 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Wolfgang Thierse MdB  
zu Problemen und Per-  
spektiven Deutsch-  
lands: Erst am Anfang  
des Einigungsprozes-  
ses.

Seite 1

Hans-Ulrich Klose MdB  
zur Erinnerung an Wil-  
helm Dröscher: Der  
SPD-Politiker wäre am  
7. Oktober siebzig  
Jahre alt geworden.

Seite 4

Hans Kolo MdL zur  
Pervertierung des  
Washingtoner Arten-  
schutzabkommens:  
Schonzeit für Elfen-  
beinschnitzer und  
Kürschner.

Seite 5

45. Jahrgang / 191

5. Oktober 1990

### Erst am Anfang des Einigungsprozesses Zu Problemen und Perspektiven Deutschlands \*

Von Wolfgang Thierse MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Daß wir jetzt nationale Einheit und Freiheit, Einheit und Grundrechte zusammen erhalten, und verwirklichen können - dies ist der wirkliche Anlaß unserer Freude. Und das unterscheidet die deutsche Einigung von 1990 von der deutschen Einigung von oben des Jahres 1871 - mit ihren schlimmen Folgen bis 1933 und 1945.

Denjenigen, die gestern in Berlin gerufen haben "Nie wieder Deutschland" und "Deutschland halt's Maul" möchte ich deshalb sagen: Ich teile die Angst vor nationalstaatlicher Hybris, vor nationaler Selbstvergebenheit und Selbstüberschätzung, vor Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit. Nirgendwo sonst ist der Nationalstaat auf so entsetzliche Weise gescheitert wie in Deutschland. Das darf nicht vergessen werden!

Aber zugleich möchte ich doch sagen: Mit der staatlichen Einheit Deutschlands erhalten wir in der DDR aus der DDR eine wirkliche Chance - die Chance, nach dem Scheitern des "realen Sozialismus", dem Scheitern des SED- und Stasi-Staats neu anzufangen - unter weit besseren Bedingungen als unsere osteuropäischen Nachbarn. Mein Bekenntnis, unser Bekenntnis zu Deutschland ist deshalb nicht ein Bekenntnis zu einer Vergangenheit, die uns jetzt wieder eingeholt hat, ein Bekenntnis zum Gegebenen der Bundesrepublik Deutschland, sondern es ist ein Ja zu einer Aufgabe, zu einer auf für uns neue Weise gestaltbaren Zukunft, zu einem Deutschland wie es (erst noch) werden soll.

Es hat mir deshalb gefallen, daß in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober vor den Fenstern meiner Wohnung, auf dem Kottwitz-Platz mitten im Prenzlauer Berg vor ein paar tausend, vorwiegend jungen Leuten eine "Republik Utopia" ausgerufen wurde. Dies war zwar als zornig-heitere Alternative zur Veranstaltung vor dem Reichstag gedacht, aber es gefällt mir trotzdem, denn dieses Nirgendwo liegt ja mitten in Deutschland, in Berlin-Prenzlauer Berg.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

\* Wolfgang Thierse trug diese Gedanken am 4. Oktober in der ersten gesamtdeutschen Bundestagssitzung in Berlin vor; der Text ist gekürzt.

Printed in Germany  
with recycled paper  
Kopierpapier



Ein Vorgang, der mich, der Sie, der uns an Wichtiges erinnert: Machen wir die deutsche Einigung nicht zum Sieg der Einen über die Anderen. Es ist kein Sieg etwa Adenauerscher Politik, wie jetzt immer behauptet wird, sondern Ergebnis vielfältiger Faktoren und Prozesse; zu denen im übrigen nicht zuletzt die Entspannungspolitik der Regierungen Brandt-Scheel und Schmidt-Genscher gehört. Wir verdanken dieser Politik sehr viel: menschliche Erleichterungen, Begegnungen und vor allem Hoffnungen - Hoffnung, daß die deutsch-deutsche Geschichte die ost-westeuropäische Gesichte nicht stillsteht und wir nicht mit ihr versteinern!

Die Bundesdeutschen also sollen sich nicht einbilden, einen Sieg errungen zu haben. Wir, die ehemaligen DDR-Deutschen, haben eine Niederlage erlitten - im Scheitern des real-sozialistischen Systems gibt es bittere lebensgeschichtliche Brüche - und zugleich aber erhalten wir in der Niederlage die Chance neuen Aufstiegs; hoffentlich.

Machen wir die deutsche Einigung nicht zu einer Folge neuer Ausgrenzungen - der Alternativen, der Autonomen, der Radikalen oder der Ausländer, der Flüchtlinge oder der mehr oder minder belasteten oder durch Mißerfolge gezeichneten Ossis. Die deutsche Einigung muß auch eine Versöhnung anstreben zwischen den selbstbewußten, erfolgreichen Wessis und den erfolglosen, gedemütigten Ossis. Ich weiß, es ist nicht nur Arroganz, wenn von uns, in der ehemaligen DDR verlangt wird, durch eigene Arbeit, eigene Leistung den Aufschwung, den besseren Wohlstand zu organisieren und nicht immer nur als Fordernde, als Bittsteller aufzutreten. Aber wir brauchen Zeit und Unterstützung zum Erlernen von Selbständigkeit und Selbstverantwortung, zur Überwindung der Lähmung durch totale Vormundschaft. Guten Willen, Entschlußkraft zu fordern, den Geist Ludwig Erhards zu beschwören, reicht da nicht aus. Es ist das die Aufforderung, sich selbst am Schopfe aus dem Sumpfe zu ziehen. Wie etwa soll ein Arbeiter in einem maroden Großbetrieb initiativ werden und sich selber helfen? Es können ja nicht alle Imbißstände aufmachen, nur damit die Bundesregierung hübsche Gründungsstatistiken vorweisen kann.

Die staatliche Einheit ist erreicht, und wir Sozialdemokraten freuen uns aus ganzem Herzen darüber. Die staatliche Einheit beendet eine Teilung, die noch bis vor einem Jahr nur durch Stacheldraht und Mauern aufrecht erhalten werden konnte. Die Menschen in der DDR haben diese Mauern zum Einsturz gebracht. Es war ihr Mut, ihre Besonnenheit und ihre Fantasie, die das Regime von SED und Blockparteien beendet haben. Ich möchte daher zuallererst meinen Landsleuten dafür danken, was sie gewagt und bewegt haben. Sie sind die Väter und Mütter der Befreiung unseres Landes und nicht etwa die Politiker. Das sage ich ausdrücklich als "Laienspieler" in einem Hause voller alterfahrener Profipolitiker!

Diese Erfahrung bedeutet aber auch: Die Gestaltung des künftigen Deutschlands kann nicht allein oder zuerst Sache der Politiker sein, es muß Sache aller Bürger sein. Ein demokratisches Deutschland, das von unten, von den Bürgern gestaltet wird und deshalb demokratisch ist. Bisher waren zu sehr und fast allein die Regierungen (und ein wenig auch die Parlamente) am deutschen Einigungsprozeß beteiligt. Nein, vielmehr geht der eine, gescheiterte Staat in dem anderen, erfolgreichen, auf. Wir haben versucht, diesen Prozeß mitzugestalten. Es ist dies nur zum Teil gelungen. Die staatliche Einheit bildet den Rahmen der zukünftigen politischen Gestaltung. Sie ist aber kein Ersatz für Kindergärten, Wohnungen und Arbeitsplätze.

Wer die beiden Staatsverträge liest, wird feststellen, daß die bundesrepublikanische Rechtsordnung künftig nahezu allein den Rahmen bildet, innerhalb dessen sich auch die ehemaligen DDR-Länder entwickeln werden. Wir beklagen das nicht. Angesichts des Zusammenbruchs unserer "realsozialistischen Ordnung" war das nicht anders als konsequent, alles andere wäre schlichte Illusion.

Wo aber können wir, die neuen Bundesbürger, etwas aus unseren Lebensverhältnissen, aus unseren Erfahrungen mit einbringen? Heißt Zusammenbruch, daß alles eingestürzt ist? Bedeutet das (notwendige) Scheitern eines Systems, daß auch alle seine Elemente erledigt sind, zu streichen sind? Muß tatsächlich ein völliger Neuanfang her, der mit allem bricht, was sich in gut 40 Jahren an Lebenswirklichkeit herausgebildet hat? Ich glaube nicht.

Ich will an Hand einiger sozialpolitischer Problemfelder zu zeigen versuchen, warum wir uns nicht nur auf Deutschland freuen, sondern auch auf Aufgaben einzustellen haben, die erst noch zu lösen sind. Und ich möchte an vier Beispielen belegen, daß unsere Vergangenheit wie unsere Erfahrungen voller Widersprüche sind, daß wir also sorgfältig Erhaltenswertes von Überholtem Trennen können und müssen.

Wir hatten in der DDR offiziell keine Arbeitslosen, jeder konnte sich - es sei denn, er fiel politisch auf - seines Arbeitsplatzes relativ sicher sein. Ich füge hinzu: Auch wenn es an diesem Arbeitsplatz oft nicht genügend Arbeit gab. Angesichts seit Jahren existierender Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industriestaaten, die Bundesrepublik eingeschlossen, angesichts sich entwickelnder Massenarbeitslosigkeit in den ehemaligen DDR-Ländern erscheint es nun manchem in Ostdeutschland so, als sei er im alten System besser aufgehoben gewesen als heute.

Müssen wir das nicht bitter ernst nehmen? Wie ernst nehmen wir die existenziellen Ängste, die zerstörerischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Lebensbedingungen der Betroffenen, die darauf in keiner Weise vorbereitet sind? Natürlich darf es kein Zurück geben zu der paternalistischen Arbeitsstruktur der alten DDR. Aber unsere Aufgabe ist es, die Arbeitsplätze für die Menschen sicher zu machen, Hilfen für die Errichtung neuer Arbeitsplätze zu entwickeln und etwa auch durch die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit die Arbeit besser auf die Menschen zu verteilen.

Jeder von ihnen weiß, daß der Anteil von berufstätigen Frauen in der DDR weitaus höher war als in der Bundesrepublik. Was aber war es nun - der Zwang zur Arbeit, etwa weil das Einkommen des Mannes nicht ausreichte oder weil die Frau Alleinerziehende für ihre Kinder war - oder ein weitgehend verwirklichtes Recht auf Arbeit? Die Antwort auf diese Frage hängt eng mit der - nun wirklich nicht ideologiefreien - familienpolitischen Sichtweise des Betrachters zusammen. Für die einen ist das Leitbild die Frau als Ehefrau und sorgende Mutter. Dieses konservative Leitbild bestimmt noch vielfach die Wirklichkeit der BRD. Entsprechend werden die Frauen - gerade in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit - aus dem Erwerbsleben gedrängt. Für uns Sozialdemokraten ist es dagegen selbstverständlich, daß Frauen ihren Platz im Erwerbsleben haben, daß sie ihren eigenen beruflichen Weg gehen können, daß sie sich nicht in ökonomischer Abhängigkeit von einem Mann befinden müssen. Dafür muß es eine freie Wahl geben können.

In der ehemaligen DDR gab es eine ganze Reihe von gesetzlichen Bestimmungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Frauen abgesichert haben. Ich denke etwa an den besonderen Kündigungsschutz für Schwangere, stillende Mütter, Mütter und auch Väter mit Kindern bis zu einem Jahr sowie Mütter beziehungsweise Väter während der Zeit der Freistellung nach dem Wochenurlaub. Ich denke an die Regelungen über den Hausarbeitstag, an die Freistellungsmöglichkeiten im Anschluß an den Wochenurlaub bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes, an die weitgehenden Freistellungsrechte im Falle der Erkrankung eines Kindes. Und ich denke an die fast flächendeckende Versorgung mit Kinderkrippen und -gärten. Alle diese Regelungen werden - nach kurzen Übergangsfristen - den Einigungsprozeß nicht überdauern. Der Erhalt der Kinderkrippen und Kindergärten ist alles andere als gesichert.

Für manch einen ist dies die unentrinnbare Konsequenz aus der Pervertierung all dieser Einrichtungen und Rechte durch den SED-Staat. Und sie haben ja in vielem recht. Wir sind eben froh auch darüber, daß endlich die unerträglichen Indokrinationsversuche, angefangen in den Kindergärten und fortgesetzt in den Schulen, aufhören. Daß die schon vorschulisch einsetzende Wehrerziehung endlich verschwindet. Aber werden deshalb Kinderkrippen und Kindergärten als solche entbehrlich? Und wir freuen uns natürlich darüber, wenn nicht bloß ökonomischer Zwang, sondern die freie Wahl zum Berufsleben bei der Entscheidung der Frau den Ausschlag gibt. Aber müssen deshalb gleich alle Schutzrechte für Schwangere, Mütter von Kleinkindern oder Alleinerziehende dem Rotstift zum Opfer fallen? Wir werden im geeinten Deutschland die Aufgabe haben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Partner auf ganz neue Fundamente zu stellen.

Eine Bemerkung zur Situation der DDR-Rentner: Sie wissen alle um das skandalös niedrige Rentenniveau in der DDR. Aber immerhin hatte jeder einen Anspruch auf eine bestimmte Mindestrente, und man sage mir nicht, daß dies nur symbolischen Charakter trägt und für den Menschen nichts wert sei. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, hat einen Anspruch auf eine Mindestrente, und es macht schon einen Unterschied, ob ich ihn stattdessen zum Sozialhilfeempfänger stempeln. Sie kennen Ihr Sozialversicherungssystem besser als ich - Sozialhilfeempfänger ist der, der aus eigener Anstrengung heraus nicht mehr in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Was glauben Sie, wird ein DDR-Rentner empfinden, der angesichts der Nichtdynamisierung des Sozialzuschlages auf die Mindestrenten, wie sie im Eingangsvertrag festgeschrieben wurde, zum Sozialhilfeempfänger degradiert wird? Welches Verhältnis wird er von Anbeginn an zu dem neuen, geeinten Staat bekommen können, der es sich leisten kann, fünf hochdotierte neue Minister ohne Geschäftsbereich zu alimentieren, aber kein Geld hat, den neu hinzugekommenen Rentnerinnen und Rentnern nach einem langen Arbeitsleben einen angemessenen Lebensunterhalt zu sichern?

Lassen Sie mich auf ein letztes Stichwort zu sprechen kommen: Die Wohnungs- und Mietsituation. Wer durch unsere Städte fährt, wird unschwer erahnen, warum wir uns noch auf Deutschland freuen. Die alte Bausubstanz ist heruntergekommen, viele Stadtkerne sind zerstört, moderne Sanitäreinrichtungen sind Mangelware, die Wohnsilos der Vorstädte unter dem Begriff "menschenswürdiges Wohnen" nur schwer zu ertragen. Die andere Seite der Medaille ist auch bekannt. Der, der einmal eine Wohnung ergattert hatte, lebte ohne Angst vor plötzlicher Kündigung oder horrender Mietsteigerung. Wie können wir aber beides miteinander verbinden, die Aktivierung von Bautätigkeit, von Privatinitiative zur Wohnungsmodernisierung und den Erhalt von Mietrechten bzw. eines erträglichen Mietpreinsniveaus?

Ich denke, daß die vier Stichworte gezeigt habe, daß wir erst am Anfang des deutschen Einigungsprozesses stehen, daß wichtige Probleme auf eine Lösung warten, damit neben die staatliche Einigung die Angleichung der Lebensverhältnisse tritt. Hier gibt es keinen Selbstlauf zum Besseren, wie uns einige Gesundheitsweismacher wollen, die bereits mit der Einführung der DM in der DDR Wohlstand und Fortschritt einziehen sahen. Wir erleben zur Zeit schmerzlich, daß es bis dahin noch ein langer Weg ist.

Hier ist viel Arbeit nötig und eine vernünftige, soziale Politik anstelle von nationalem Pathos. Die deutsche Hochzeit ist gefeiert - jetzt geht es darum, den ehelichen Lebensunterhalt zu verdienen, die Wohnung menschlich einzurichten und die Kinder zu versorgen! Erst im prosaischen Alltag einer Ehe bewährt sich die Liebe wirklich. Drücken wir dem Paar, also uns, die Daumen!

(-/5. Oktober 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Zur Erinnerung an Wilhelm Dröscher**  
Der SPD-Politiker wäre am 7. Oktober siebzig Jahre alt geworden

Von Hans-Ulrich Klose MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 7. Oktober wäre Wilhelm Dröscher, der langjährige Vorsitzende des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der SPD in Rheinland-Pfalz, der Bundestagsabgeordnete und Schatzmeister der SPD, siebzig Jahre alt geworden. Wilhelm Dröscher starb am 18. November 1977 während des Hamburger Bundesparteitages, unmittelbar bevor er den Delegierten seinen Bericht als Schatzmeister erstatten wollte. Sie hätten ihn mit eindrucksvoller Mehrheit wieder gewählt. Denn er konnte sich auf ihr Vertrauen stützen.

Das Vertrauen, das Wilhelm Dröscher entgegen gebracht wurde, reichte weit über die Grenzen seiner Partei hinaus. Er hatte es sich über Jahrzehnte hinweg aufgebaut, zunächst auf kommunaler Ebene, als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Kirn. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger in Kirn und in den Landkreisen Bad Kreuznach und Birkenfeld erinnern sich noch immer dieses Mannes; viele nannten ihn den "guten Menschen von Kirn" - eine Bezeichnung, die sich auf seine in Tausenden von Fällen bewährte Bereitschaft gründete, Mitmenschen in Not zu helfen.

"Wer als Politiker geachtet und dauerhaft ernst genommen werden will", so hatte es Wilhelm Dröscher gesagt, "der muß in der Praxis des politischen Alltags das geschriebene Wort mit Leben erfüllen; er muß für seine Mitbürger da sein." Er war für seine Mitbürger da, hörte geduldig zu, führte zusammen, ebnete Wege und tat, was in seinen Kräften stand.

Bürgernahe Arbeit und enger Bezug zur sogenannten Parteibasis - das waren für Wilhelm Dröscher keine wohlfeilen Worte in politischen Sonntagsreden; sie kennzeichneten sein politisches Handeln, sie gehören zum Kernbestand seines politischen Vermächnisses. Mit der Vergabe des Wilhelm-Dröscher-Preises, den Ortsvereine erhalten, die besonders "lebendig" sind, die sich durch vorbildliche Initiativen auszeichnen, versucht die SPD, diesem Vermächnis zu entsprechen.

Wilhelm Dröscher, der so stark in seiner Heimat verwurzelt war, hatte früher als andere die Einigung Europas zu seiner Sache gemacht. Er engagierte sich als Europaabgeordneter und zusätzlich als Präsident des Bundes sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien in der Europäischen Gemeinschaft. Noch kurz vor seinem Tod entstand unter seiner intensiven Mitwirkung der Entwurf für eine gemeinsame Wahlplattform dieser Parteien zur Europawahl 1979, die ersten Direktwahlen des Europäischen Parlaments.

Wir haben allen Anlaß, uns Wilhelm Dröschers in Dankbarkeit zu erinnern. Wir schulden ihm Dank für die aufopferungsvolle Arbeit, die er geleistet, für die Zeichen praktischer Solidarität, die er gesetzt und für das Beispiel, das er uns gegeben hat.

(-/5. Oktober 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Schonzeit für Elfenbeinschnitzer und Kürschner  
Zur Pervertierung des Washingtoner Artenschutzabkommens**

**Von Hans Kofo MdL  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag  
Vizepräsident des Bayerischen Tierschutzbundes**

Das Washingtoner Artenschutzabkommen, das vom Aussterben bedrohte Tiere schützen soll, wird von den deutschen Bundesländern über Ausnahmeregelungen in einmaliger Weise pervertiert und ins Gegenteil verkehrt. Nicht die vom Aussterben bedrohten Tiere wie der Afrikanische Elefant oder Ozelot und Tigerkatze werden geschützt, sondern die Elfenbeinschnitzer, die Kürschner, der Pelz- und Antiquitätenhandel erhalten eine Schonzeit eingeräumt. Damit leisten die Bundesländer und ihre Naturschutzbehörden ihren Beitrag, den Handel mit Elfenbein und Ozelot-Fellen in Schwung zu bringen.

Im Oktober 1989 hatte die Konferenz der Staaten, die das Washingtoner Artenschutzabkommen unterzeichnet haben, in Lausanne eine Reihe von Tieren in den Anhang I des Abkommens, die höchste Schutzstufe, hochgestuft. Diese neuen Tiere sind unter anderen der Afrikanische Elefant und die Kleinfleckkatzen wie Ozelot, Tigerkatze, Langschwanzkatze und Pardelluchs. Die Aufnahme dieser Tiere in den Anhang I bedeutet, daß sie grundsätzlich nicht mehr vermarktet werden dürfen. Von dem Vermarktungsgebot sind Elfenbein Schnitzereien, Klaviere mit Elfenbeintastaturen und Antiquitäten aus Elfenbein ebenso erfaßt wie Felle und Pelze der genannten Großkatzen.

Während die Bundesregierung sich einiges darauf zugute hielt, in Lausanne vollmundig für den Schutz des Afrikanischen Elefanten eingetreten zu sein, wird dieser umfassende Schutz, der seit dem 18. Januar 1990 gilt, jetzt in Deutschland mit Hilfe der Bundesländer ausgehebelt. Ausgerechnet die Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz und ihr Arbeitskreis Artenschutz verständigten sich darauf, Befreiungsmöglichkeiten vom grundsätzlichen Verbot des Handels mit Elfenbein zu schaffen. Diese Schonfrist für Elfenbeinschnitzer wird damit gerechtfertigt, daß diese Höherstufung der Tiere ohne Übergangszeit für das bodenständige Handwerk und die Schnitzer, die als Wertanlage Elfenbein gehortet haben, eine "unbeabsichtigte Härte" bedeuten würde.

Was für die Elfenbeinschnitzer recht ist, kann für die Kürschner nur billig sein, meinen die amtlichen "Artenschützer" der Bundesländer, vom Handel ganz zu schweigen. Deshalb sollen auch für die anderen höhergestuften Tiere und Pflanzen Befreiungen ermöglicht werden. Dabei sind großzügigste Befreiungen von den strengen Gesetzen bis an die äußerste Grenze, den 31. Dezember 1992, vorgesehen. Ab diesem Zeitpunkt gilt ohnehin EG-Recht im gemeinsamen Binnenmarkt und damit die Verordnungen des Washingtoner Artenschutzabkommens, ohne daß die deutschen Bundesländer noch länger tricksen könnten.

Das Argument angeblicher Nachteile für Handwerk und Handel kann nicht hingenommen werden. Das ausdrückliche Verbot des Handels muß auch in der Vergangenheit angelegte legale Lagerbestände umfassen. Wie sollen die Kontrolleure zwischen legalem und illegal erworbenem Elfenbein unterscheiden können? Kein Verständnis kann ich aufbringen für die langfristige Verlängerung der Ausnahmeregelungen: Schon im Jahre 1986 bei Einführung des Washingtoner Artenschutzabkommens in der EG ist als Übergangszeit nur ein Jahr zugestanden worden. Im übrigen haben Hersteller, Verarbeiter und Händler gewußt, daß bereits seit längerer Zeit ein generelles Einfuhrverbot der EG und der Bundesrepublik für Elfenbein besteht. Die Vorschläge von Lausanne sind ebenfalls rechtzeitig bekannt gegeben und sogar mit einer dreimonatigen Übergangsfrist versehen worden.

(-/5. Oktober 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*